



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
 Fernsprecher 21831 - 33
 Fernschreiber 0888390

2/ZVI/247 - 2. November 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<p><u>Moskaus politische Mehrzweckbombe gegen Finnland</u> Einschüchterungsversuch an die Adresse ganz Skandinaviens Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Basten</p>	71
3	<p><u>Müßige Spekulationen</u> Stalinist Ulbricht bleibt</p>	21
3	<p><u>Werde schreien nach Sühne</u> Zur Bildung einer zentralen Erfassungsstelle für SED-Verbrechen</p>	23
4 - 5	<p><u>Kampfansage an den Gewerkschaftsbund in Österreich</u> Neue Phase innenpolitischer Auseinandersetzungen Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta</p>	66
6	<p><u>Im Dienste der Selbstverwaltung</u> Zum 65. Geburtstag von Dr. Otto Ziebill</p>	37

* * * *
 * * *

Moskaus politische Mehrzweckbombe gegen Finnland

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster.

Die politische Mehrzweckbombe, die Moskau gegen Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark abgefeuert hat, rückt Skandinavien plötzlich in den Vordergrund des Kalten Krieges und engagiert die nordeuropäischen Staaten direkt in der Ost-West-Auseinandersetzung. Die in der russischen Finnland-Note enthaltene Behauptung, die Sowjetunion und Finnland seien gemeinsam einer Kriegsdrohung durch die Bundesrepublik ausgesetzt, ist natürlich Unsinn. Wenn die Sowjetunion, die über gewaltige Bomben- und Raketenarsenale verfügt, sich wirklich gegen irgend jemanden zur Wehr setzen müsste, könnte sie es tun, ohne das kleine Finnland überhaupt nur zu erwähnen.

Schwedens Neutralitätspolitik

Es ist bezeichnend, dass die an Finnland gerichtete Note gleichzeitig der schwedischen Regierung offiziell zur Kenntnis gebracht wurde, während Dänemark und Norwegen bis jetzt nicht direkt informiert worden sind. Hier zeigt sich eines der politischen und psychologischen Ziele des sowjetischen Vorstosses. Die Warnungen aus Moskau kommen nämlich gerade zu einer Zeit, da die schwedische Neutralitätspolitik im Zusammenhang mit einem möglichen Beitritt Schwedens zur EWG in breitester Öffentlichkeit diskutiert wird. Die schwedische Regierung erklärte zwar vor wenigen Tagen, Schweden werde sich, gerade um ihre Neutralitätspolitik und die außenpolitische Handlungsfreiheit auch weiterhin aufrechterhalten zu können nicht der EWG als Vollmitglied anschließen, sondern nur über die Assoziation verhandeln. Aber bei der schwedischen Industrie und in breiten Kreisen der liberalen und konservativen Oppositionsparteien wird unterstellt, dass die Mitgliedschaft Schwedens bei der EWG nicht mit der Neutralitätspolitik unvereinbar sei. Die offiziell an Finnland gerichtete Moskau-Note muss also als Warnschuss an die Adresse Schwedens gewertet werden, man solle sich dort hüten, der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit Westeuropa näher zu treten.

Moskau nimmt also die angebliche "deutsche Kriegsdrohung" als Vorwand, um Konsultationen über die Inkraftsetzung des im Jahre 1948 zwischen der Sowjetunion und Finnland geschlossenen Freundschafts- und Beistandsabkommens zu erzwingen. Diese Absicht Moskaus trifft Schweden ebenso sehr wie Finnland selbst. Denn während die Neutralität Schwedens für Moskau Vorrangbedeutung im Norden Europas hat, ist umgekehrt die sowjetische Politik gegenüber Finnland ausschlaggebend für die Außenpolitik jeder

schwedischen Regierung. Das Verlangen nach russischen Stützpunkten an der finnischen Ostseeküste oder sogar an der finnisch-schwedischen Grenze würde die gesamte schwedische Aussen- und Verteidigungspolitik wie überhaupt die Lage im Norden verändern. Die relative aussenpolitische Ruhe in Skandinavien wäre damit beendet.

Gemeinsames NATO-Oberkommando visiert

Was Dänemark und Norwegen betrifft, so weiss man in Moskau, dass die Politik der NATO-Gemeinschaft dieser beiden Länder nicht zu ändern ist. Aber bezüglich der dänischen Verhandlungen und der norwegischen Erörterungen über die Mitgliedschaft, bzw. die Assoziation an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, will Moskau einschüchternd wirken. Dasselbe trifft auf die Verhandlungen Dänemarks mit Bonn und der NATO über ein gemeinsames Oberkommando in Nordeuropa zu.

Einflussnahme auf Finnlands Innenpolitik

Zu alledem kommt noch die Absicht Moskaus, Einfluss auf die Entwicklung der finnischen Innenpolitik zu nehmen. Im Februar findet in Finnland die Wahl des Präsidenten statt. Die sozialdemokratische Partei und die bürgerlichen Oppositionsparteien haben den Justizminister Olavi Honkka als Gegenkandidaten gegen den derzeitigen Staatspräsidenten Urho Kekkonen aufgestellt. In Moskau glaubt man nicht zu Unrecht, dass Honkka gewisse Chancen hat. Deshalb klagt die sowjetische Presse und der Rundfunk seit langem die Sozialdemokraten und die anderen Oppositionsparteien an, sie wollten die bisherige Politik Kekkonens zugunsten einer mehr westlich geprägten Aussenpolitik ändern. Dadurch entsteht in Finnland eine Atmosphäre der innenpolitischen Unsicherheit, die Moskau für seine Zwecke auszunutzen versucht.

Mit Spannung erwartet man nun in ganz Skandinavien, wie die finnische Regierung auf die Moskauer Note reagieren wird. Der sowjetisch-finnische Beistandspakt besagt, dass Konsultationen über Abwehrmaßnahmen aufgenommen werden sollen, wenn eine Kriegsdrohung festgestellt wird. Artikel 2 des Vertrages birgt gewisse Interpretationsmöglichkeiten in sich, die - in Anbetracht der sehr schwierigen Position Finnlands zwischen Ost und West - die Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit der finnischen Regierung und der Parteien ausserordentlich stark beeinträchtigen können.

Müssige Spekulationen

sp - Der jetzt in Moskau über die Bühne gegangene zweite Akt der sogenannten Entstalinisierung - der erste Akt wurde schon auf dem 20. Parteikongress der KPdSU gespielt - hat hier und dort zu der Frage geführt, wann endlich der Erzstalinist Walter Ulbricht in die Wüste geschickt wird. Schliesslich ist hinreichend bekannt, dass Ulbricht nicht nur mit Peking, sondern auch mit Tirana recht gute Beziehungen unterhält oder unterhalten hat. Es wäre nach den makabren "E enthüllungen" über die Stalin-Ära verständlich, wenn Chruschtschow jetzt auch Ulbricht anhängte. Wir glauben jedoch, dass derartige Spekulationen müssig sind.

Bei Ulbricht handelt es sich nämlich nicht um ein politisch-ideologisches Problem der innerkommunistischen Auseinandersetzungen. Ulbricht ist Chruschtschows Quisling auf dem westlichen Vorposten des Sowjet-Imperialismus. Seine Position, begründet und erhalten durch die Bajonette der Sowjetarmee, wird von Moskau nicht ideologisch, sondern vielmehr militärpolitisch betrachtet. Die völlige Gewissenlosigkeit eines Walter Ulbricht, sein in Jahrzehnten von Moskau erprobtes Anpassungsvermögen an jede Art von Politik lässt Erwägungen des Kreml, wie sie sich etwa auf Peking oder Tirana beziehen könnten, in den Hintergrund treten. Deshalb sollte man im Westen für Ulbricht diejenigen Maßstäbe anlegen, die allein auf ihn passen - die Maßstäbe eines Exekutivbeamten. Seine Rolle wird erst ausgespielt sein, wenn sich Moskaus Politik gegenüber dem Westen ändert. Dafür aber gibt es zur Zeit keine Anzeichen.

+ + +

Morde schreien nach Sühne

sp - Entlang der Zonengrenze und entlang der die Berlin teilende Schandmauer herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Das Leben vieler westdeutscher und westberliner Bürger ist, sofern sie sich diesen Kainszeichen Ulbricht'scher Willkürherrschaft nähern, unmittelbar bedroht. Bisher fielen mehr als 20 Menschen den Mordkugeln der Volkspolizisten zum Opfer, unter ihnen der Chefredakteur der "Westfälischen Rundschau", Kurt Lichtenstein, der nichts anderes wollte, als die Wahrheit zu erfahren. An der Berliner Schandmauer fixieren auf der westlichen Seite Gedächtnisstätten den qualvollen Tod geflüchteter Männer und Frauen, die sterben mussten, weil sie die Freiheit wählten.

Diese Verbrechen, begangen von irreführten aufgehetzten Dienern des Zonenregimes, denen man jegliches Gefühl für Menschenwürde genommen hat, verlangen nach Sühne. Gewiss können die Behörden der Bundesrepublik die Mörder unschuldiger Menschen zur Zeit nicht belangen, sie erfreuen sich noch des Schutzes des Ulbricht-Staates. Aber sie sollen die Gewissheit haben, dass ihre Handlungen nicht der Vergessenheit anheimfallen, wie manches ungestrafte Verbrechen zur Zeit des Dritten Reiches. So wurde das Justizministerium von Niedersachsen im Einvernehmen mit den Justizministern aller Bundesländer beauftragt, diese Verbrechen zu registrieren. Allein seit dem schwarzen 13. August sind von Dienern der Zonenbehörden 50 Gewaltverbrechen begangen worden. Vielleicht wird es sich mancher Vopo, der die Hand schon am Drücker des Mordgewehrs hat, nun überlegen, in die Schar der Mörder einzutreten.

+ + +

Kampfansage an den Gewerkschaftsbund

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In der Eröffnungssitzung der Herbstsession des Österreichischen Parlaments blieb dieser Tage ein markanter Stuhl leer: Der zweite Präsident des Nationalrates und Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Franz Olah, war wenige Tage zuvor aus Protest gegen eine Brückierung des Gewerkschaftsbundes von seinen parlamentarischen Funktionen zurückgetreten. Gleichzeitig hatte er den Koalitionsausschuß verlassen.

Mit diesem dramatischen Schritt endet zunächst ein monatelanges Ringen um eine jahrelange Forderung des Gewerkschaftsbundes nach einer Herabsetzung der Lohnsteuer. Gleichzeitig beginnt mit der offenkundigen Kampfansage an den ÖGB eine neue Phase der innerpolitischen Auseinandersetzungen, über deren Verlauf bislang nur Vermutungen angestellt werden können.

Die Fürsprecher einer loyalen Zusammenarbeit der beiden großen Parteien, ÖVP und SPÖ, sind über die Vorgänge, die zum demonstrativen Rücktritt des zweiten Parlamentspräsidenten geführt haben, jedenfalls besorgt. Es triumphieren, wenn auch vielleicht zu früh, allein jene Kreise, die - von der Bundesrepublik her ermuntert und nicht selten auch durch DM-Injektionen gestärkt - eine "härtere Gangart" wünschen und das Ende der Koalition ÖVP - SPÖ anstreben, um dann an ihrer Stelle eine "Bürgerblockkoalition" zwischen ÖVP und FPÖ herbeizuführen. Auf diese Weise hofft man, den arbeitenden Menschen mehr Bescheidenheit und größere Zurückhaltung bei ihren Forderungen beizubringen.

Zwar haben bisher in der zweiten Republik Österreich immer noch die besonnenen Elemente die Oberhand gewonnen, die Herausforderung des Gewerkschaftsbundes ist aber ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Kräfte der Zwietracht stärker werden. Das böse Beispiel der Bundesrepublik macht eben auch in Österreich Schule.

Seit 1945 ist der überparteiliche Österreichische Gewerkschaftsbund mit seinen derzeit mehr als 1,5 Millionen Mitgliedern ein politischer Faktor ersten Ranges. Ungefähr zwei Drittel aller unselbständig Erwerbstätigen sind in diesem Gewerkschaftsbund organisiert; daneben gibt es in Österreich keine andere Gewerkschaftsorganisation. Der ÖGB steht unter

der eindeutigen Führung der Sozialisten und zahlreiche Spitzenfunktionäre bekleiden hohe öffentliche Funktionen, beziehungsweise gehören dem Nationalrat oder Bundesrat an. Der frühere Generalsekretär des ÖGB, Anton Proksch, ist Bundesminister für soziale Verwaltung.

Die Politik des ÖGB war stets auf eine verantwortungsvolle Mitwirkung beim wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau und auf gerechten Ausgleich sozialer Interessen und Spannungen abgestellt. Nicht selten verzichtete der Gewerkschaftsbund auf populäre Forderungen, um die Stabilität von Wirtschaft und Währung zu erhalten.

Gemäß einem 1955 beschlossenen gewerkschaftlichen Aktionsprogramm wurde am 12. Juli 1961 der Öffentlichkeit ein Sechs-Punkte-Programm des ÖGB vorgelegt, das zur Preisstabilisierung beitragen sollte. Dieses Programm sah unter anderem die Milderung der Lohnsteuerprogression vor. Eine solche Milderung der Progression war um so dringender geboten, als durch die allgemeine Aufwärtsentwicklung von Preisen und Löhnen das durchschnittliche Lohnniveau allmählich unerträglich hoch besteuert wurde. Deshalb sollte nach Ansicht des ÖGB der gesetzliche Steuerfreibetrag bei der Lohnsteuer hinaufgesetzt und damit die zu entrichtende Lohnsteuer gesenkt werden. Einen solchen Beschluß faßten alle politischen Fraktionen des ÖGB einhellig. Dennoch gab es bei den Budgetverhandlungen auf Seite der ÖVP nur ein starres Nein.

Die Sozialisten mußten zu ihrem Bedauern feststellen, daß die an sich wichtige Forderung des Gewerkschaftsbundes nach einer Lohnsteuersenkung politisch nicht genügend Zugkraft besitzt, um Neuwahlen mit dem notwendigen durchschlagenden Erfolg zu bestehen. Die SPÖ stimmte also, wenn auch widerwillig, dem Regierungsentwurf zum Budget 1962 zu. Aus dem solcherart notwendig gewordenen Alleingang des Gewerkschaftsbundes und seines Präsidenten schöpften so manche die trügerische Hoffnung auf eine innere Spaltung der SPÖ, etwa als Folge persönlicher Differenzen zwischen dem Parteiobermann Dr. Bruno Pittermann und dem ÖGB-Präsidenten Franz Olah. In Wahrheit aber handelt es sich um einen taktischen Schachzug, der die SPÖ vor unzureichender Ausgangsposition bei Neuwahlen bewahrt, gleichzeitig aber dem Gewerkschaftsbund ermöglicht, in voller Einmütigkeit und innerer Geschlossenheit seine Forderungen konsequent zu vertreten.

Im Dienste der Selbstverwaltung

A.K. - Am 7. November wird das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages und Mitglied des Kommunalpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD, Oberbürgermeister a.D., Dr. Otto Ziebill, 65 Jahre alt.

An diesem Tage kann der gebürtige Hemberger auf ein jahrzehntelanges, verdienstvolles Wirken für die gemeindliche Selbstverwaltung zurückblicken. Nach dem 1. Weltkrieg studierte Ziebill in Königsberg Rechts- und Staatswissenschaften und trat dann auf Veranlassung von Dr. Goerdeler, der damals Bürgermeister in Königsberg war, in den Kommunaldienst dieser Stadt. Auch nach seiner Ausscheiden aus dieser Tätigkeit verband ihn weiter eine enge Freundschaft mit Dr. Goerdeler, der ihn beim Gelingen der Widerstandsaktion am 20. Juli 1944 für ein verantwortungsvolles Amt vorgesehen hatte.

Im Jahre 1946 wurde Ziebill zum Oberbürgermeister der Stadt Würzburg gewählt. Hier widmete er sich mit großer Umsicht dem Wiederaufbau und der Neuordnung der vom Kriege so hart getroffenen Stadt.

Seit 1. April 1951 ist Dr. Ziebill Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages in Köln; er zählt zu den profiliertesten Persönlichkeiten der Kommunalen Spitzenverbände. Mit Umsicht und Klugheit vertrat er in den ganzen Jahren die Interessen der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände. Die lebhaften innenpolitischen Auseinandersetzungen um die gegenwärtigen Fragen und Sorgen der kommunalen Selbstverwaltung sahen ihn hier als deren überzeugenden Anwalt. Sein besonderes Bemühen geht aber auch dahin, in der gemeindlichen Selbstverwaltung aktiven Bürgergeist zu wecken, den Gemeindebürger darauf hinzuweisen, daß er an sein Gemeinwesen nicht nur Ansprüche zu stellen habe, sondern auch Pflichten und Verantwortung durch Mitwirkung übernehmen müsse. Von seinen zahlreichen Publikationen sind besonders seine Schrift über "Bürgerschaftliche Verwaltung" (1954) und die "Geschichte des Deutschen Städtetages" (1955) zu erwähnen. Sein Rat findet aber auch Anerkennung durch seine Mitarbeit in den leitenden Gremien zahlreicher bedeutender nationaler und übernationaler Fachorganisationen und -verbände. Er ist Vizepräsident des Internationalen Gemeindeverbandes in Den Haag und gehört dem Vorstand des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben e.V. in Berlin - Charlottenburg an - Organisationen, die stellvertretend für viele hier genannt werden. Mögen dem Securtstagskind noch viele Jahre erfolgreichen Wirkens beschieden sein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel